

1008 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

1982 03 09

Regierungsvorlage**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX, mit dem Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1982 genehmigt werden (Budgetüberschreitungs-gesetz 1982)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Für verschiedene unabweisliche Maßnahmen werden Überschreitungen folgender Ausgabenansätze des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetz-novelle 1982, BGBl. Nr. 000/1982, genehmigt:

Finanzgesetzlicher Ansatz	Ansatzbezeichnung	Schilling
1/10006	Bundeskanzleramt; Zentraleitung; Förderungsausgaben	75,000.000
1/11503	Flüchtlingslager und Flüchtlingsanstalten; Anlagen	4,000.000
1/11508	Flüchtlingslager und Flüchtlingsanstalten; Aufwendungen	800,000.000
1/54093	Bundesvermögen; Kapitalbeteiligung; Sonstige Unternehmungen	40,000.000
1/63116	Fremdenverkehr; Förderungsausgaben	95,000,000
1/64713	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Anlagen	81,000.000
1/64718	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Aufwendungen	36,000.000
1/64723	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwal- tung; Anlagen	5,000.000
1/64728	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwal- tung; Aufwendungen	10,000.000
1/64738	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Bauten für die Landesverteidigung; Aufwendungen	97,000.000
1/64753	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Anlagen...	110,000.000
1/64758	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Auf- wendungen	26,000.000
	Insgesamt ...	<u>1.379,000.000</u>

§ 2. Die Bedeckung der im § 1 genehmigten Überschreitungen ist in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982, BGBl. Nr. 000/1982, sicherzustellen.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, unbeschadet der Befugnis der obersten Organe zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlags, der Bundesminister für Finanzen betraut.

Erläuterungen

Zu Beginn dieses Jahres hat die Bundesregierung ein arbeitsplatzorientiertes Beschäftigungs-Sonderprogramm zur Investitionsankurbelung beschlossen, das sowohl die öffentlichen als auch die privaten Investitionen fördern und unterstützen soll.

Die wesentlichen Maßnahmen sind:

	Millionen Schilling
Förderung der Bauinvestitionen im Fremdenverkehr im Rahmen der ERP-Ersatzaktion	95
Zusätzliche Mittel für die Bauwirtschaft, und zwar für Bauten der Unterrichts- und Wissenschaftsverwaltung, der Landesverteidigung und für sonstige Bundesgebäude ...	365

Außerdem sind für die Betreuung der Flüchtlinge aus Polen 804 Millionen Schilling und aus der Verdoppelung der Spendeneingänge als Polenhilfe 75 Millionen Schilling zusätzlich bereitzustellen. Eine weitere Überschreitung betrifft eine Kapitalzufuhr an das Österreichische Verkehrsbüro im Ausmaß von 40 Millionen Schilling.

Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Bundesvoranschlages 1982 diese Maßnahmen nicht bekannt bzw. in ihrer Auswirkung betragsmäßig nicht abschätzbar waren, entstehen Jahresausgabenansatz-Überschreitungen. Diese bedürfen nach der geltenden Rechtslage der Genehmigung durch den Nationalrat in Form eines Bundesgesetzes im Sinne des Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die erforderliche Genehmigung des Nationalrates zur Überschreitung von Jahresausgabenbeträgen eingeholt werden.

Der Gesamtüberschreibungsbetrag in Höhe von 1.379 Millionen Schilling ist durch Einnahmen aus der Durchführung von Kreditoperationen zu bedecken. Zu diesem Zwecke wird in der unter einem dem Nationalrat vorgelegten Regierungsvorlage betreffend eine Bundesfinanzgesetznovelle 1982 die Durchführung dementsprechender zusätzlicher Kreditoperationen in der Höhe von 1.379 Millionen Schilling vorgesehen.

Nähere Einzelheiten über diese Überschreitungen enthalten die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen.

Durch dieses Überschreitungs-gesetz erfahren der Budgetabgang sowie die Gesamtausgaben eine Erhöhung um rund 1,4 Milliarden Schilling.

Im einzelnen ist zum § 1 der Regierungsvorlage zu bemerken:

Zu § 1:

Ansatz 1/10006 „Bundeskanzleramt; Zentrallleitung; Förderungs-ausgaben“

Anlässlich der Gründung eines Nationalkomitees für die Polenhilfe, dessen ausschließliches Bemühen es ist, die Not der Polen in ihrer Heimat und in Österreich zu lindern, hat die Bundesregierung am 22. Dezember 1981 beschlossen, die zu diesem Zweck in Österreich aufgebrauchten Geldspenden aus Bundesmitteln zu verdoppeln.

Auf Grund des bisherigen Spendenaufkommens kann bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt mit Sicherheit angenommen werden, daß dafür mindestens 75 Millionen Schilling bereitzustellen sein werden, für die im Bundesvoranschlag 1982 nicht vorgesorgt ist.

Die Bedeckung für die dadurch eintretende Jahresansatzüberschreitung in Höhe von ebenfalls 75 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 gefunden.

Ansatz 1/11503 „Flüchtlingslager und Flüchtlingsanstalten; Anlagen“

Grundsätzliche Ausführungen zum Flüchtlingsproblem siehe unter Ansatz 1/11508.

Die dislozierte Unterbringung der Flüchtlinge bedingt einen enormen Aufwand an Transportkosten. Im Jahr 1981 wurden für Personentransporte rund 16,5 Millionen Schilling aufgewendet. Um hier Einsparungen erzielen zu können, ist der Ankauf von zehn Fahrzeugen für betriebliche Zwecke unbedingt erforderlich. Der Aufwand hierfür beträgt rund 2 Millionen Schilling. Durch die enorme Beanspruchung von Küchenmaschinen und Einrichtungsgegenständen in den Flüchtlingslagern treten erhebliche Abnutzungserscheinungen an diesen Gegenständen auf, sodaß der reibungslose Betrieb nicht mehr voll gewährleistet ist. Es fallen

daher unvorhergesehene zusätzliche Ausgaben für Neuanschaffungen und Anschaffungen im Wege des Austausches von zusammen 2 Millionen Schilling an.

Der insgesamt entstehende unumgängliche Mehraufwand von 4 Millionen Schilling wird durch Erlöse aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt.

Ansatz 1/11508 „Flüchtlingslager und Flüchtlingsanstalten; Aufwendungen“

Die bei diesem Ansatz für die Betreuung der Flüchtlinge veranschlagten Beträge reichen bei weitem nicht aus, um die gestellten Anforderungen bewältigen zu können.

Anlässlich der Erstellung des Bundesvoranschlags 1982 wurde davon ausgegangen, daß die damalige Flüchtlingszahl von etwa 15.000 Personen einen Höchststand darstellt, der bis Jahresende 1981 durch Auswanderung in Drittländer weitgehend abgebaut werden kann. Leider zeigten die diesbezüglichen Bemühungen der zuständigen Organe und Stellen nicht den gewünschten Erfolg. Hiezu kam, daß die Flüchtlingswelle aus Osteuropa weiter anstieg und eine unvorhersehbare Höhe erreichte. Mit Stand vom 1. Jänner 1982 wurden insgesamt 27.492 Personen betreut, wovon 4.958 Personen in Lagern und 22.534 Personen in Heimen und Gasthöfen untergebracht waren. Rechnet man den finanziellen Bedarf unter Berücksichtigung der derzeitigen Zugänge und Abwanderungen hoch, so muß mit einem Mehrerfordernis von weit über 1 Milliarde Schilling für die Flüchtlingsbetreuung im Jahr 1982 gerechnet werden. Hiebei kann in etwa von folgenden Größenordnungen ausgegangen werden:

	Millionen Schilling
Gasthofunterbringungen	1.200
Lagerkosten	102
Kranken- und Heilanstaltskosten; medizinische Betreuung	25
Transportkosten usw.	8
Bedarf 1982 insgesamt ...	1.335

Nach Berücksichtigung des im Bundesvoranschlag 1982 hierfür vorgesehenen Betrages ergibt sich ein geschätzter Mehraufwand von rund 1,1 Milliarden Schilling.

Es wird jedoch angenommen, daß den traditionellen Einwanderungsländern das österreichische Problem als Erstasylland entsprechend nahegebracht werden kann und hiedurch erhöhte Einwanderungskontingente in diese Länder erreicht werden können.

Um die erforderlichen Zahlungen bis zur Auswanderung der Flüchtlinge aus Österreich tätigen zu können und insbesondere die Rechnungen der Gasthausunternehmungen in einem den Gastwirten zumutbaren Zeitraum begleichen zu können, ist

vorerst eine Jahresansatzüberschreitung in Höhe von 800 Millionen Schilling erforderlich.

Die Bedeckung für diese Mehrausgaben wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 gefunden.

Ansatz 1/54093 „Bundesvermögen; Kapitalbeteiligung; Sonstige Unternehmungen“

Der Hauptgesellschafter Bund der Österreichischen Verkehrsbüro Ges.m.b.H. steht vor der Notwendigkeit, eine durchgreifende Sanierung und erforderlichenfalls Umstrukturierung der Gesellschaft durchzuführen. Das Gesamterfordernis der Mittelzuführung wird jedoch erst nach dem Ergebnis einer in Auftrag gegebenen externen Untersuchung sowie nach endgültiger Erstellung des künftigen Unternehmenskonzeptes festgestellt werden können.

Gemäß dem noch nicht genehmigten Jahresabschluß 1980 ist im Geschäftsjahr 1980 ein Verlust von rund 66,9 Millionen Schilling entstanden. Seitens der Geschäftsführung wird für das Jahr 1981 mit einem weiteren Verlust von 70 bis 80 Millionen Schilling gerechnet.

Im Jahr 1982 sind bereits über eine Kapitalerhöhung der Gesellschaft Mittel in Höhe von 66 Millionen Schilling zugeführt worden, um die Liquidität zu gewährleisten. Angesichts der bestehenden hohen Zinsenbelastung soll nunmehr eine weitere Kapitalzufuhr von 40 Millionen Schilling noch im Jahre 1982 geleistet werden.

Die Bedeckung der Jahresansatzüberschreitung in Höhe von 40 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 gefunden.

Ansatz 1/63116 „Fremdenverkehr; Förderungsausgaben“

Auf Grund des von der Bundesregierung beschlossenen Beschäftigungs-Sonderprogramms 1982 sollen im Rahmen der ERP-Ersatzaktion im Jahre 1982 Bauinvestitionen im Fremdenverkehr mit einem Volumen von insgesamt 1 Milliarde Schilling durch den Bund gefördert werden. Hieraus ergibt sich über die im Bundesvoranschlag 1982 vorgesehenen Mittel hinausgehenden Zinsenzuschußbewilligungen und zur Deckung des Zinsenzuschußaufwandes für die über die Österreichische Hotel- und Fremdenverkehrs-Treuhand-GesmbH. abzuwickelnden Ansuchen ein Mehrbedarf von 95 Millionen Schilling.

Die dadurch entstehende Jahresansatzüberschreitung in Höhe von 95 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt.

Ansatz 1/64713 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Anlagen“

Um zur Entlastung und Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft, besonders in den gefährdeten Gebieten Österreichs, beizutragen, sollen im Jahre 1982 mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln von 81 Millionen Schilling bereits laufende Bauvorhaben in Kärnten, Steiermark und Wien (zusammen 45 Millionen Schilling) in verstärktem Ausmaß weitergeführt bzw. der Baubeginn neuer Vorhaben in Burgenland, Niederösterreich, Kärnten, Steiermark und Wien (zusammen 36 Millionen Schilling) vorgezogen werden, die nicht mit den Mitteln des Bundesvoranschlages 1982 begonnen hätten werden können.

Die sich dadurch ergebende Jahrsansatzüberschreitung in Höhe von 81 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt werden.

Ansatz 1/64718 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Aufwendungen“

Um zur Entlastung und Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft in den besonders gefährdeten Gebieten Österreichs beizutragen, sollen im Jahre 1982 auf dem arbeitsintensiven Sektor der Erhaltung mit den zusätzlichen Mitteln von 36 Millionen Schilling verstärkt Instandsetzungsarbeiten an verschiedenen Schulgebäuden in den Bundesländern Kärnten, Steiermark, Tirol und Wien fortgesetzt bzw. neu begonnen werden.

Die sich dadurch ergebende Jahrsansatzüberschreitung in Höhe von 36 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt werden.

Ansatz 1/64723 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwaltung; Anlagen“

Um zur Entlastung und Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft in den besonders gefährdeten Gebieten Österreichs beizutragen, sollen im Jahre 1982 mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln von 5 Millionen Schilling die Arbeiten der Erstadaptierung des für die Veterinärmedizinische Universität Wien angekauften Hauses Wien 3, Tongasse, vorangetrieben werden.

Die sich dadurch ergebende Jahrsansatzüberschreitung in Höhe von 5 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt werden.

Ansatz 1/64728 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Wissenschaftsverwaltung; Aufwendungen“

Mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln von 10 Millionen Schilling soll der Anschluß der Institutsgebäude der Technischen Universität, Wien 4., Gußhausstraße 25—30 und der Veterinärmedizinischen Universität, Wien 3., Linke Bahngasse 11, in Wien an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien ermöglicht werden.

Dadurch soll eine Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft erreicht werden.

Die sich dadurch ergebende Jahrsansatzüberschreitung in Höhe von 10 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt werden.

Ansatz 1/64738 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Bauten für die Landesverteidigung; Aufwendungen“

Um zur Entlastung und Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft in den besonders arbeitsplatzgefährdeten Gebieten Österreichs im Jahre 1982 beizutragen, sollen zusätzlich 97 Millionen Schilling für Bauten für die Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden. Dadurch soll eine Verstärkung der Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an Kasernengebäuden in den Bundesländern Oberösterreich, Kärnten, Niederösterreich, Steiermark und Wien (zusammen 48 Millionen Schilling), sowie die Vorziehung des Baubeginns am Wirtschaftsgebäude der Rohrkaserne in Villach (4 Millionen Schilling) ermöglicht werden. Weiters sollen neue Vorhaben, für welche die Planungen bereits abgeschlossen sind, bisher aber ins Bauprogramm nicht aufgenommen werden konnten, im gesamten Bundesgebiet in Angriff genommen werden. Hiefür ist für das Jahr 1982 eine Baurate von 45 Millionen Schilling erforderlich.

Die sich dadurch ergebende Jahrsansatzüberschreitung in Höhe von 97 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt werden.

Ansatz 1/64753 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Anlagen“

Mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln von 110 Millionen Schilling sollen die für das Jahr 1982 vorgesehenen Bauraten an laufenden Neubauvorhaben in den Bundesländern Kärnten, Steiermark und Wien um insgesamt 50 Millionen

Schilling erhöht werden. Mit den übrigen Mitteln sollen neue Bauvorhaben in den Bundesländern Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Wien, deren Beginn erst für das Jahr 1983 vorgesehen war, auf das Jahr 1982 vorgezogen werden.

Damit soll im Jahre 1982 eine Entlastung und Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft in den besonders arbeitsplatzgefährdeten Gebieten Österreichs erreicht werden.

Die sich dadurch ergebende Jahresansatzüberschreitung in Höhe von 110 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt werden.

Ansatz 1/64758 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Aufwendungen“

Mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln von 26 Millionen Schilling sollen Sanierungsmaßnahmen an Bundesamtsgebäuden in den Bundesländern Kärnten, Steiermark und Wien begonnen, bzw. in verstärktem Ausmaß fortgeführt und dadurch ein Beitrag zur Entlastung und Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft geleistet werden.

Die sich dadurch ergebende Jahresansatzüberschreitung in Höhe von 26 Millionen Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gemäß Bundesfinanzgesetznovelle 1982 bedeckt werden.